



Viel Maschine, wenig Mensch: Ein Verteilzentrum des Amazon-Konzerns in Großbritannien

Foto Bloomberg

## Briten fürchten um 15 Millionen Arbeitsplätze

Die Digitalisierung bedroht viele Tätigkeiten – auch in Deutschland. Wissenschaftler sehen jedoch auch Grund zur Hoffnung.

theu/svs. LONDON/FRANKFURT, 13. November. Andy Haldane macht sich Sorgen um seinen Arbeitsplatz: „Wenn es darum geht, die Wirtschaftsentwicklung vorherzusagen, wird mich womöglich irgendwann eine Maschine ersetzen“, glaubt der Chefvolkswirt der Bank von England. Und so gehe es womöglich nicht nur ihm selbst: In einer Rede auf der Jahreskonferenz des britischen Gewerkschaftsbundes warnte Haldane, rund 15 Millionen Arbeitsplätze könnten in den kommenden Jahrzehnten allein in Großbritannien durch Roboter, Computer und künstliche Intelligenz ersetzt werden. Das wären rund 45 Prozent aller heutigen Arbeitsplätze in Europas zweit-

größter Volkswirtschaft. Zwar gebe es keine Belege dafür, dass der technische Fortschritt in der Vergangenheit den Arbeitsmarkt insgesamt beschädigt habe, sagte Haldane. Doch dieses Mal könnte es anders sein: Es zeichne sich „eine breitere und tiefere Aushöhlung“ der derzeitigen Arbeitswelt ab, als dies bei früheren Umbrüchen in der Wirtschaftsgeschichte der Fall gewesen sei. Dabei sind möglicherweise auch Millionen Arbeitsplätze von hochqualifizierten und gutbezahlten Akademikern bedroht.

Der Notenbank-Ökonom verweist auf Prognosen, dass etwa die Stellen von Wirtschaftsprüfern hochgradig gefährdet seien. „Dass wir unsere Kinder von Robotern betreuen lassen, ist dagegen unwahrscheinlich“, sagte er. Die Bank von England baut bei ihrer Analyse auf der Methodik von Carl Benedikt Frey und Michael Osborne auf. Die beiden Wissenschaftler von der Universität Oxford haben vor zwei Jahren in einer vielbeachteten Studie argumentiert, dass in den Ver-

einigten Staaten in den kommenden zwanzig Jahren jeder zweite Arbeitsplatz durch den technischen Fortschritt gefährdet sei. Damit wären, grob geschätzt, rund 70 Millionen Menschen betroffen. Sie haben auch Einzelabschätzungen für mehr als 700 Berufe vorgenommen.

Auch für Deutschland gibt es solche Berechnungen. Das Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim hat im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums berechnet, dass hierzulande rund 42 Prozent der Beschäftigten in Berufen arbeiten, die nach der Frey/Osborne-Methode innerhalb von zwei Jahrzehnten mit hoher Wahrscheinlichkeit automatisiert werden. Ulrich Ziehran, einer der Autoren, warnt jedoch vor Überinterpretationen. Die Berechnungen zeigten ein technisches Potential auf, das mit Sicherheit nicht komplett ausgeschöpft werde. Gerade in der Robotik sind viele Möglichkeiten kapitalintensiv und daher gegenüber menschlicher Arbeitskraft unrentabel. Zudem sagt die Studie nichts dar-

über aus, wie viele Stellen durch den Einsatz neuer Technik entstehen. Das staatliche Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat eine Saldenbetrachtung erstellt: Demnach könnten in den kommenden Jahren in Deutschland rund 430 000 neue Arbeitsplätze durch den digitalen Wandel entstehen, während gleichzeitig 490 000 meist einfachere Tätigkeiten verlorengehen. Dies würde ein Minus von lediglich 60 000 bedeuten. Dennoch besteht ein breiter Konsens in Politik und Wirtschaft, dass die Belegschaften auf den digitalen Wandel in der Arbeitswelt vorbereitet werden müssen. Der britische Notenbanker Haldane fordert, neue Schwerpunkte in der Ausbildung: Kognitive Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen würden womöglich weniger wichtig. Emotionale Intelligenz, die sich etwa in Einfühlungsvermögen und Verhandlungsgeschick ausdrückt, könnte dagegen wertvoller werden. („5 Thesen zur digitalen Arbeitswelt“, Beilage Beruf und Chance, Seite C1.)

## Bundesbank gegen Zentralismus im Euroraum

Weidmann äußert seine Vorliebe für nationale Eigenverantwortung / Gegenentwurf zu Pariser Vorstellungen

chs. PARIS, 13. November. In der Debatte um die künftigen Entscheidungsstrukturen im Euroraum hat sich die Bundesbank für eine dezentrale Lösung mit nationaler Eigenverantwortung ausgesprochen. Bundesbankpräsident Jens Weidmann legte in Paris einen Gegenentwurf zu den von französischer Seite vorgeschlagenen zentralistischen Modellen vor – etwa mit einem Eurofinanzminister oder einem gemeinsamen Haushalt für die Mitglieder der europäischen Währungsunion, wie es kürzlich der französische Wirtschaftsminister Emmanuel Macron und das französische Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank, Benoît Cœuré, vorgebracht hatten. In einem Vortrag vor Studenten der Pariser Universität Sciences Po lehnte Weidmann ein zentralistisches Modell zwar nicht ab, doch er hält es wegen des erforderlichen Souveränitätsverzichts der nationalen Parlamente, der Re-

gierungen und der Bürger für wenig chancenreich. „Ich glaube nicht, dass das eine realistische Struktur ist. Ich sehe keine Akzeptanz – weder in Frankreich noch in Deutschland“, sagte Weidmann nach seinem Vortrag in einer Fragerunde mit Studenten. Dabei zitierte er den französischen Finanzminister Michel Sapin, der im vergangenen Jahr jegliche Eingriffsrechte in die französische Haushaltshoheit abgelehnt hatte.

Stattdessen will Weidmann das bestehende System von seinen „krassen Unstimmigkeiten“ befreien. Sein „dezentraler Ansatz“ sieht vor allem vor, die Staatsfinanzierung durch private Banken einzuschränken. So möchte Weidmann, dass private Banken den Kauf von Staatsanleihen genauso mit Eigenkapital unterlegen müssen wie andere Papiere auch. Zudem soll die Großkreditregel auch auf Staatsanleihen angewendet werden. Nach dieser

Regel darf kein Kreditnehmer mehr als 25 Prozent des Eigenkapitals einer Bank für sich beanspruchen. Gelte diese Regel künftig auch für Staatsanleihen, dann wären die Länder stärker auf die Kapitalmärkte angewiesen – was eine disziplinierte Wirkung habe. „Gegenwärtig machen die Bestände von Anleihen des Heimatlandes oft mehr als 100 Prozent des Eigenkapitals aus“, sagte Weidmann. Deshalb würde die Restrukturierung öffentlicher Schulden ganze nationale Bankensysteme gefährden. Wie bisher geplant „nur Risikogewichte für Staatsanleihen bei der Bemessung der Eigenkapitalanforderungen einzuführen reicht nicht“, sagte der Bundesbankpräsident. Mit einer Obergrenze könnten Banken auch künftig viele Staatsanleihen halten, doch sie sollten nicht „alle Eier in einen Korb legen“.

Weidmann forderte darüber hinaus, der EU-Kommission die Überwachung

der Haushaltsregeln im Euroraum zu entziehen. Denn die Kommission sei zu sehr „politisch“ geprägt. Ein unabhängiger fiskalischer Expertenrat solle die Überwachung und Beurteilung der nationalen Haushaltspolitiken übernehmen. Die kürzlich von der Kommission vorgelegten Vorschläge für einen solchen Expertenrat gingen nicht weit genug.

Für den Fall, dass ein Land dennoch die Hilfe des Europäischen Rettungsschirms ESM beanspruchen muss, stellt sich Weidmann ein neues Arrangement mit den privaten Gläubigern vor: Staatsanleihen sollten eine Klausel erhalten, nach der ihre Laufzeit bei dem Antrag des betreffenden Landes auf ESM-Hilfe automatisch um drei Jahre verlängert werde. Das entlaste den ESM und damit den Steuerzahler und gebe mehr Zeit, über die Frage von Liquiditätshilfen oder einer echten Schuldenrestrukturierung nachzudenken.

### STANDPUNKT

## Westliche Werte unter Druck

Von Ulrike Ackermann

te von unterschiedlichen Seiten so heftig attackiert werden? An vorderster Stelle steht die Rechtsstaatlichkeit und die Ausbalancierung und Begrenzung der Macht in Gestalt der Demokratie. Ihre Errungenschaft ist die Trennung der Sphären von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft, Recht, Religion, Wissenschaft und Privatheit. Die Teilung der Gewalten ist das grundlegende zivilisatorische Profil der modernen Gesellschaft. Ihre Ordnung ist gerade nicht heilig, sondern säkular. Gesellschaftliche Bindungen und Zusammenhänge sind freiwillig und können jederzeit wieder gelöst werden. Die Institutionen und demokratischen Einrichtungen in Gestalt der Parlamente, Wahlen und Volksabstimmungen schaffen die Bedingungen für die Entfaltung der Freiheit und ermöglichen gewaltlose Veränderungen.

Ein weiteres Merkmal unserer offenen Gesellschaft ist die Pluralität der Werte, die miteinander konkurrieren und häufig kollidieren. Dennoch besteht ein gemeinsamer Grundkonsens darüber, dass wir als Individuen unterschiedlichen Zwecken und Zielen folgen können. Das Recht darauf spiegeln die modernen Verfassungen in den differenzierten Kategorien der individuellen Freiheit wider. Die Wertschätzung des Individuums gegenüber dem Kollektiv, aus welcher sich das Prinzip der Selbstverantwortung und die Chance zur Selbstbestimmung ableiten, sind wesentliche Elemente eines Wertekanons, der die westlichen Lebensweisen auszeichnet: die Gleichberechtigung von Mann und Frau, sexuelle Selbstbestimmung, Schutz von Minderheiten, Toleranz, Pluralität der Lebensstile, Skepsis gegenüber alten Gewissheiten, das Recht auf Irrtum, Selbstkritik und nicht zuletzt

ein Hedonismus, der die diesseitige Lebenslust einer religiösen Jenseitigkeit vorzieht.

Für das westliche Freiheitsverständnis war die Entstehung der Polis Mitte des achten Jahrhunderts vor Christus ein wichtiger Baustein. Die ersten Bürger in der Geschichte machten in einem von öffentlicher Vernunft regierten Staat ihre Gesetze selbst – Frauen und Sklaven waren allerdings ausgenommen. Es war die Grundlage für das, was die englischen Philosophen später „Rule of Law“ nannten. Der Aufklärung und ihrer Kritik verdanken wir dann den technischen, wissenschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt, der Moderne den Kapitalismus und die Demokratie. Es war ein Emanzipationsprozess für den Einzelnen wie für die Gesellschaft, der in ständiger Transformation gründete. Die Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts konnten überwunden werden, weil der Widerstand gegen sie à la longue stärker war und sich eine antitotalitäre Tradition entwickelte.

Aber hat die Bevölkerung heute überhaupt ein Bewusstsein für diese westlichen Freiheitswerte? Ist sie bereit, diese Werte zu verteidigen? Die jüngsten Brandanschläge auf Asylbewerberheime, der rechte Mob, der Fremdenfeindlichkeit und Sozialneid austobt, zeigen eine lautstarke Minderheit, die mit Freiheitswerten wenig im Sinn hat. Doch auch vielen Intellektuellen, Teilen der Funktionseliten und wirtschaftlichen Akteuren scheint die Begeisterung über die Erfolgsgeschichte des Westens abhande gekommen zu sein. Anstelle einer offensiven Verteidigung der Freiheitswerte hat man eher den Eindruck einer Freiheitsversessenheit. Konservative und linke Kultur-

kritik an der kapitalistischen Moderne, die den Verlust einer unterstellten ursprünglichen Einheit und integren Welt betrauern, überlappen sich zuweilen. Auch in der multikulturellen Verherrlichung fremder Kulturen, dem Lobgesang auf das Ursprüngliche, Unverdorbene, frei von kapitalistischen Überformungen schwingt ein antiliberales und antiwestliches Ressentiment mit. Auch ein antimaterialistischer Ton ist dieser Kritik eigen: irdisches Erfolgsstreben und Konsumismus sind schlecht angesehen, der Sinnverlust wird betrauert. Besonders Individualismus und Säkularität sind unter Beschuss geraten. Sie gelten als Werte einer westlichen Kultur, die schleunigst relativiert werden soll und keineswegs mit einem universellen Anspruch auftreten dürfe.

Das ist der eigentliche Zynismus gegenüber den Hunderttausenden, die alles riskieren, um bei uns neu zu beginnen. Sie werden lieber als Opfer des Kolonialismus, des Kapitalismus und westlicher Politik angesehen, denn als Menschen, die unbedingt ihre alten Lebensumstände ändern wollen und müssen. Gerade Migration hat in den vergangenen Jahrhunderten Innovation und Wohlstand angetrieben. Warum sollte dies heute anders sein, wenn sie geordnet verläuft, der Missbrauch des Asylsystems und des Sozialstaats unterbunden wird, die Anerkennungsverfahren verkürzt und den Flüchtlingen schneller Zugang zum Arbeitsmarkt, den Kindern und Jugendlichen zu Schule und Hochschule ermöglicht wird? Und zwar gerecht verteilt im europäischen Raum.

Das kann aber nur glücken, wenn unsere viel beschworene Willkommenskultur erwidert wird von einer Integrationswilligkeit der Einwandernden. Sonst geraten genau jene westlichen Errungenschaften und Werte noch weiter unter Druck, die unsere offene Gesellschaft auszeichnen und uns weltweit so attraktiv machen.

Ulrike Ackermann ist Politikwissenschaftlerin und Direktorin des John Stuart Mill Instituts für Politikforschung in Heidelberg.

## Grüne: Bundestag sollte über Edeka-Fusion abstimmen

Gegen Ministererlaubnis für Übernahme der Kaiser's-Filialen

ami. BERLIN, 13. November. Im Bundeswirtschaftsministerium wird erst am Montagmorgen darüber verhandelt, ob Minister Sigmar Gabriel (SPD) die vom Kartellamt gestoppte Übernahme der 451 Einkaufsmärkte von Kaiser's-Tengelmann durch den Handelsriesen Edeka doch noch genehmigen soll. Doch die Grünen haben sich schon ihr Bild gemacht: „Gabriel sollte keine Ministererlaubnis zur Übernahme der Kaiser's-Märkte durch Edeka erteilen“, verlangt ihre für Wirtschaft zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kerstin Andreae. Der Lebensmitteleinzelhandel werde schon jetzt von vier Supermarktketten, allen voran Edeka, beherrscht. Das schade der Vielfalt und dem Wettbewerb. „Da bin ich ganz beim Bundeskartellamt, das die Übernahme untersagt hat“, sagte sie dieser Zeitung.

Überhaupt haben die Grünen Bauchschmerzen mit der Art und Weise, wie eine Ministererlaubnis das „Nein“ des fachlich zuständigen Kartellamtes zu einer Fusion aushebeln kann. Aber ganz darauf verzichten wollen auch sie nicht. Über Fusionen müsse politisch entschieden werden können, sagt Andreae. Das sollte so bleiben. Allerdings: „Die Entscheidungsfindung muss aber raus aus dem Hinterzimmer des Wirtschaftsministers. Wir wollen die Debatte in den öffentlichen Raum tragen und überlegen beispielsweise, den Bundestag über die Ministererlaubnis abstimmen zu lassen.“

Details werden in der Fraktion noch abgefragt. In Sachen Wettbewerbspolitik hat sie ihre Vorstellungen schon ausformuliert und zu Papier gebracht: „Vielfalt und fairer Wettbewerb statt Macht der Monopole“ ist ein von der Fraktion verabschiedetes Positionspapier betitelt. Darin heißt es beinahe wie im volkswirtschaftlichen Lehrbuch: „Ein funktionierender fairer Wettbewerb ist eine tragende Säule für eine soziale und ökologische Marktwirtschaft und Motor für Innovation und Kreativität. Er führt zu niedrigen Preisen und höherer Qualität.“ Um das zu erreichen brauche man „klare Regeln für Lobbyaktivitäten“. Denn große Betriebe seien gegenüber kleinen im Vorteil. Die Ana-

lyse der Grünen zur Marktwirtschaft wird beherrscht von der Sorge, sie sei doch eine „Machtwirtschaft, bei der nur wenige Starke gewinnen“.

Entsprechend hält Katharina Dröge, die Sprecherin der Grünen für Wettbewerbspolitik, der großen Koalition vor, sie betreibe eine „einseitige Lobbypolitik für mächtige Konzerne, zum Beispiel mit der Abschaffung der Netzneutralität oder den Ausnahmen von der EEG-Umlage“. Damit der Wettbewerb funktioniere, brauche man gleiche Spielregeln für alle. So ein „Level Playing Field“, also Wettbewerbsgleichheit mit ihren ausländischen Konkurrenten, führen energieintensive Betriebe gern als Argument für die Fortsetzung der Ausnahmen in der Finanzierung der Ökostromförderung an.

„Grüne Wettbewerbspolitik“ erscheint in dem Papier vor allem als Instrument zur Durchsetzung bekannter grüner Positionen wie zum Beispiel: „Bürgerenergie statt Atom-Kohlen-Oligopol“. Konkret gehe es darum, die „verkrusteten“ Energie- und Agrarmärkte aufzubrechen, in der Netzpolitik diskriminierungsfreie und offene Märkte zu erzwingen, faire Sozial- und Tarifbedingungen auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen. Wettbewerbspolitik müsse dafür sorgen, dass Preise die „ökologische und soziale Wahrheit sagen“.

Ziel seien einfache, aber wirksame Regeln wie eine Schuldenbremse für Banken, ein EU-weiter Mindeststeuersatz für Unternehmen oder ein funktionierender CO<sub>2</sub>-Emissionshandel, heißt es in dem Papier. Parallel dazu müsse das Bundeskartellamt gestärkt und ein europäisches Kartellamt eingeführt werden. Überhaupt müsse das Wettbewerbsrecht reformiert werden. Kartellbehörden sollten bei der Bewertung von Marktmarkt stärker auf die in Unternehmen gesammelten Kundendaten abstellen und mehr mit Datenschützern kooperieren. „Google, Facebook & Co. verdienen Milliarden mit privaten Informationen von uns allen“, sagt Dröge. Deshalb müsse Datenmacht bei Fusionen oder Missbrauchsvergehen künftig eine Rolle spielen. Als „Ultima Ratio“ wollen die Grünen im Kartellrecht dann noch eine „missbrauchsunabhängige Entflechtungsmöglichkeit“ verankern.

## Einblick in TTIP-Dokumente

Für Bundestagsabgeordnete unter Aufsicht eines Offiziers

hmk. BRÜSSEL, 13. November. Seit Monaten klagen die Bundestagsabgeordneten und allen voran ihr Präsident Norbert Lammert über den mangelnden Zugang zu den Dokumenten der Freihandelsverhandlungen mit den Vereinigten Staaten. Zwar veröffentlicht die EU-Kommission ihre Vorschläge für das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP inzwischen im Internet. Die wirklich interessanten Dokumente, die mit den Amerikanern abgestimmten sogenannten konsolidierten Texte dürfen die Bundestagsabgeordneten jedoch anders als die amerikanischen Kongressmitglieder bisher nicht einsehen, weil sich die Vereinigten Staaten dagegen sperren. Nun aber bewegen sich die Amerikaner. Das zumindest hat der CSU-Politiker Peter Ramsauer nach einem Besuch in Brüssel angekündigt.

Nach Angaben von Raumsauer haben die Amerikaner zugestimmt, den Abgeordneten des Bundestags Einsicht zu gewähren; die Bedingungen seien allerdings nicht hinnehmbar. So sollen die Abgeordneten die Dokumente nur unter der Aufsicht eines Sicherheitsoffiziers zum Beispiel in Räumen des Auswärtigen Amtes anschauen können. Zudem sollen elektronische Geräte wie Handys dort nicht erlaubt sein, sagte Ramsauer in Brüssel. Lesemöglichkeiten unter Gefängnisbedingungen nannte der CSU-Politiker diese Konditionen. Er könne es nicht ertragen,

dass damit frei gewählte Abgeordnete unter den Generalverdacht der Geschwätzigkeit gestellt würden.

Allerdings geht es den Abgeordneten des Europaparlaments, die schon Einsicht in die konsolidierten Texte haben, gar nicht viel besser. Auch sie können die Texte nur im Lesesaal der Europäischen Kommission oder des EU-Parlaments anschauen. Handys sind auch dort nicht erlaubt, und Notizen dürfen sich die EU-Abgeordneten nur auf personalisiertem Papier machen. Damit soll ausgeschlossen werden, dass Informationen nach außen gelangen. Zudem dürfen nur die mit TTIP federführend befassten Mitglieder des Handelsausschusses und einiger anderer Ausschüsse die Dokumente einsehen.

Auch die Vertreter der Bundesregierung können die konsolidierten Texte in Berlin nur unter eingeschränkten Bedingungen anschauen. Sie haben Zugang zu einem Leseraum in der amerikanischen Botschaft. Das Wirtschaftsministerium hat dafür rund 140 Beamte als Nutzer angemeldet. Nach Ansicht des Europaabgeordneten Daniel Caspary (CDU) ist das auch vollkommen ausreichend. „Es ist nicht die Aufgabe des Bundestags, die Verhandlungsführung der Kommission bei TTIP zu kontrollieren“, sagt Caspary. Dafür sei das Europäische Parlament zuständig. Deshalb müssten die Bundestagsabgeordneten auch gar keinen Einblick in die Verhandlungsdokumente bekommen.

## Arbeitsagentur rechnet mit Milliardenplus

svs. FRANKFURT, 13. November. Trotz des anhaltend hohen Zustroms von Flüchtlingen rechnet die Arbeitsagentur für Arbeit für das kommende Jahr mit einem Überschuss von 1,8 Milliarden Euro. Die Erklärung ist einfach: Die meisten arbeitslosen Flüchtlinge werden nach der Anerkennung in der steuerfinanzierten Grundversicherung (Hartz IV) landen. Das Arbeitsministerium rechnet für 2016 deshalb mit Mehrkosten von 3,8 Milliarden Euro. Die Arbeitsagentur ist jedoch als Sozialversicherung für die Beitragszahler zuständig. Weil die Beschäftigung in Deutschland jedoch hoch bleiben oder sogar noch steigen dürfte, werden die erwarteten Einnahmen mit 36,4 Milliarden Euro die Ausgaben von 34,6 Milliarden Euro deutlich überflügeln, wie aus dem am Freitag vom Verwaltungsrat verabschiedeten Haushaltsplan hervorgeht. In den vergangenen Jahren war die Haushaltsentwicklung am Ende des Jahres zudem stets günstiger als die konservative Etatplanung. Auch in diesem Jahr dürfte ein einstelliger Milliardenbetrag hängenbleiben. Für das kommende Jahr sind 9,6 Milliarden Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik vorgesehen. Ein Sonderposten umfasst rund 350 Millionen Euro für Kompetenzfeststellung, Aus- und Weiterbildung bei Asylbewerbern, deren Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Dies soll die spätere Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern.

## Von 2016 an Kindergeld nur mit Steuer-ID

mas. BERLIN, 13. November. Die Familienkassen benötigen vom nächsten Jahr an die Steuer-Identifikationsnummer von Kindern und Eltern. Darauf weist der Bund der Steuerzahler hin. Danach muss die Steuer-ID des Elternteils, der das Kindergeld erhält, sowie die Steuer-ID des Kindes bei der Familienkasse angegeben werden. Doch habe das Bundeszentralamt für Steuern versichert, dass Eltern die ID-Nummern im Laufe des Jahres nachreichen könnten. Der Steuerzahlerbund rät Eltern gleichwohl, nicht zu lange zu warten. Sonst bestehe die Gefahr, dass die Angabe der ID-Nummern vergessen werde und die Auszahlung des Kindergelds in Gefahr gerate oder nach dem Jahreswechsel ausgezahltes Kindergeld zurückgefordert werde. Wie er hervorhebt, müssen die ID-Nummern der Familienkassen schriftlich übermittelt werden. Die ID-Nummer des Kindes schiekt das Bundeszentralamt für Steuern normalerweise den Eltern mit der Post, sobald die Meldebörsen ihm die benötigten Daten übermittelt hat. Ist das Schreiben verlorengegangen, sollten sich Eltern an das Zentralamt wenden. Die eigene Steuer-ID finden Eltern im Einkommensteuerbescheid, auf der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung des Arbeitgebers und im Mitteilungsbescheid des Bundeszentralamts für Steuern. Das Kindergeld wird im kommenden Jahr um 2 Euro im Monat erhöht.